

# Antragsheft II

Anträge zum Landesparteitag  
am 28. November 2015 in Trier

# Korrekturen im Antragsheft I

## **Antrag 0002**

wurde durch die Antragstellerin nicht an den LPT gestellt und wird daher auch nicht behandelt.

# **P-Anträge**

Anträge zum Programm

### **Antrag P139**

AntragstellerIn: KV Bad Kreuznach

Antragsgegenstand: Änderung Vorwort

---

Spiegelstrich Z. 106,107

...zu Zeiten des rheinland-pfälzischen Bundeskanzlers Helmut Kohl...

Sollte wie folgt geändert werden:

....Steuerstruktur, wie sie vor ca. 25 Jahren beispielsweise noch mit einem höheren Spitzensteuersatz, einer Vermögenssteuer und einer gerechteren Unternehmensbesteuerung noch Realität war,...

Begründung: Der Name, Helmut Kohl, wird mit der CDU assoziiert. Hier besteht die Gefahr, dass wir gedanklich mit der Steuerpolitik der CDU assimilieren wollen. Dabei geht es uns aber lediglich darum, wieder eine Steuergerechtigkeit herzustellen. Einzelne Ausrichtungen der damaligen Steuerpolitik zeigten für uns noch in die richtige Richtung.

### **Antrag P140**

AntragstellerIn: KV Bad Kreuznach

Antragsgegenstand: Streichung im Bereich Ökologie und Landwirtschaft

---

Streichung des folgenden Halbsatzes in Zeile 197,198

...und lehnen die Ausweitung von Weinanbauflächen ab.

Begründung: Viele Menschen lesen nicht das ganze Wahlprogramm. Sie konzentrieren sich auf die Aussagen der ersten acht Seiten (am Beispiel dieses Entwurfes)

Wir sind ein Land, das zu einem großen Teil vom Weinbau geprägt ist. Der Kurztext könnte manchen Lesern suggerieren, dass wir den Weinbau per se als Problem betrachten.

### **Antrag P141**

AntragstellerIn: KV Bad Kreuznach

Antragsgegenstand: Änderung im Vorwort

---

Spiegelstrich Z. 5

Rheinland-Pfalz ist ein reiches Land.....

Sollte wie folgt geändert werden:

Rheinland-Pfalz ist ein schönes Land mit großem Potential – aber....

Begründung: Rheinland-Pfalz ist kein reiches Land. Es ist seit vielen Jahren ein Nehmerland beim Landesfinanzausgleich. Das wissen auch die Menschen, die unser Wahlprogramm lesen sollen. Dieses Land hat aber ein großes Potential und muss die Möglichkeiten erkennen und in geeigneter Weise nutzen. Dies zeigen wir auch in unserem Wahlprogramm auf. Das die Rheinland-Pfälzer, wie übrigens auch Bewohner anderer Bundesländer, keine Sparrücklagen oder Eigentum haben, ist in der Hauptsache der Bundespolitik der vergangenen ca. 30 Jahre geschuldet.

### **Antrag P142**

AntragstellerIn: KV Bad Kreuznach

Antragsgegenstand: Streichung Zeile 10-13

---

Streichung der Zeilen 10 – 13

Ab Zeile 13 als Ersatz folgenden Text einfügen:

15,5 Prozent der Rheinland-Pfälzer sind von Armut bedroht.

18 Prozent der Rentner in Rheinland-Pfalz sind von Altersarmut bedroht, steigende Tendenz.

In Rheinland-Pfalz ist jeder siebte von Armut bedroht.

Das Armutsrisiko ist in der Westpfalz und der Region Rheinhessen-Nahe mit 16,6 Prozent am größten. Armut ist vielschichtig, denn es berührt viele verschiedene Lebensbereiche und sehr unterschiedliche Personengruppen. Lange Zeit war Armut in Deutschland ein Tabuthema. Armut ist ein Zustand wirtschaftlichen Mangels, der Menschen daran hindert, ein angemessenes Leben zu führen. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt in Rheinland-Pfalz in Einpersonenhaushalten bei 843 Euro und in Haushalten mit 4 Personen, darunter zwei Kinder unter 14 Jahren, bei 1.771 Euro.

Armut bedeutet deutlich erkennbare Einschränkungen bei der Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben.

Sie erzwingt erhebliche Einbußen bei der Lebensqualität.

Armut bedeutet für die Betroffenen oftmals Ausgrenzung und Stigmatisierung.

Kinder, die in Armut aufwachsen, erfahren vielfältige Benachteiligungen. Sie erhalten seltener Zugang zu höheren Bildungs- und Berufskarrieren.

Für Armut gibt es erwerbsbezogene Gründe, wie Langzeitarbeitslosigkeit, Niedrigeinkommen oder prekäre Arbeitsverhältnisse.

Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, wie Minijobs, dürfen nicht als Instrument für einen Abbau von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung missbraucht werden. Missbräuche bei Befristung, Praktika, Leiharbeit und Minijobs müssen bekämpft werden.

Wichtig dafür sind sichere, tarifvertraglich entlohnte und möglichst unbefristete Arbeitsverhältnisse als Norm.

Begründung: Es schadet sicherlich nicht wenn wir im Wahlprogramm mit belastbaren Zahlen agieren. Als Bundesland können wir dafür sorgen, dass die Fehler der Bundesregierungen wenigstens ein wenig abgefedert werden. Auf der einen Seite können wir uns in Richtung Bund dafür einsetzen, dass die Gesetze (Stichwort: AGENDA 2010) rückgeführt werden, und andererseits können wir unsere Möglichkeiten der Richtlinienkompetenz nutzen um den Missständen zu begegnen. Die leeren Versprechen der Landesregierung müssen wir im Wahlprogramm nicht erwähnen. Das wissen die betroffenen Menschen selbst.

### **Antrag P143**

AntragstellerIn: KV Bad Kreuznach

Antragsgegenstand: Einfügung 1178 - 1179

---

Neuer Spiegelstrich zwischen Zeile 1178 und 1179 wie folgt:

Verantwortungsvoller Umgang mit Ressourcen und Umwelt u.a. durch drastische Begrenzung weiterer Flächeninanspruchnahme durch Versiegelung

Begründung: Bei Bauvorhaben mit Flächenversiegelung müssen Ersatzflächen geschaffen werden. Dies suggeriert, dass bei Neuversiegelungen als Gegenleistung alte Versiegelungsflächen rückgebaut werden müssen, was aber nach der Gesetzgebung nicht zwingend der Fall ist.

Durch die momentan bestehende Gesetzgebung in diesem Bereich werden immer mehr Flächen versiegelt was in der Folge i.d.R. zu einem Verlust der Funktionen von Umweltgütern wie Boden, Wasser, Klima, Lebensraum für Tiere und Pflanzen führt. Dem muss Einhalt geboten werden.

### **Antrag P144**

AntragstellerIn: KV Bad Kreuznach

Antragsgegenstand: Streichung Zeile 1170 - 1173

---

Streichung der Zeilen 1170 bis 1173

Ersetzen ab Zeile 1170 durch:

Biologische Vielfalt erhalten und fördern durch Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel zur Umsetzung von Maßnahmen in Schutzgebieten und Biotopschutzflächen

Begründung: Vor Ausweisung neuer Schutzgebiete sollten der Erhalt und die Entwicklung geschützter Tier- und Pflanzenarten bzw. deren Lebensräume innerhalb bestehender Schutzgebiete im Vordergrund stehen.

### **Antrag P145**

AntragstellerIn: KV Bad Kreuznach

Antragsgegenstand: Streichung Zeile 1179 - 1182

---

Änderung der Zeilen 1179 bis 1182

Der Spiegelstrich sollte wie folgt geändert bzw. gekürzt werden:

die Zerschneidung natürlicher Lebensräume [...], die Zersiedelung der Landschaft und den landwirtschaftlichen Flächenverbrauch unter Natur- und Landschaftsschutzaspekten eng zu begrenzen

Begründung: Dass Zerschneidung durch Straßen- und Schienenbau erfolgt ist bekannt und muss nicht separat aufgeführt werden, zumal bei den Punkten Zersiedelung und landwirtschaftlichem Flächenverbrauch auch keine Beispiele benannt werden.

### **Antrag P146**

AntragstellerIn: KV Bad Kreuznach

Antragsgegenstand: Streichung Zeile 1185 - 1187

---

Streichung der Zeilen 1185 bis 1187

Ersetzen ab Zeile 1185 durch:

die Ausweisung weiterer Schutzgebietsflächen. Den Schutzzwecken bestehender Schutzgebiete wie z.B. NATURA 2000-Gebieten, Wasser-, Naturschutz- und Landschaftsschutzgebieten soll Vorrang vor anderen Nutzungen eingeräumt werden.

Begründung: Beispielhafte Aufzählung von Schutzgebieten, da es noch weitere Schutzgebietskategorien gibt. Abschnitt wurde allgemeiner gehalten, um keinen Widerspruch bezüglich landwirtschaftlicher Nutzung zu generieren im Hinblick auf „Naturschutz durch Nutzung“ sowie der in den Zeilen 1180 / 1181 genannten Reduzierung des landwirtschaftlichen Flächenverbrauchs.

### **Antrag P147**

AntragstellerIn: Frank Eschrich und Katrin Werner

Antragsgegenstand: Streichung und Ergänzung

---

Zeile 162: bitte folgendes streichen , die Gebühren stabil halten

Den Rundfunkbeitrag wollen wir sozialer gestalten."

Folgendes im Langtext ergänzen:

Die Überschüsse im Gebührensystem des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wollen wir nutzen, um alle Haushalte mit einem Haushaltseinkommen unter dem Existenzminimum vom Rundfunkbeitrag zu befreien. Außerdem wird DIE LINKE die Überschüsse nutzen, um sie in die Förderung der Medienkompetenz von Schülerinnen und Schülern und des Datenschutzes zu investieren.

### **Antrag P148**

AntragstellerIn: Jochen Bülow, Renate Zander, Daniela Menzel, Fritz Eichelhard

Antragsgegenstand: Ersetzung in Zeile 1392 - 1400

---

Streichung 1392 - 1400 „Deshalb muss...errichtet werden“

Stattdessen Einfügung:

Andererseits leidet die Akzeptanz der Windenergie in unserem Land einerseits an den unzureichenden Schutzregeln für Menschen, Umwelt und Landschaft im Landesentwicklungsplan IV und seinen Fortschreibungen und andererseits dem Wildwuchs an Planungen, die sich aus der alleinigen Zuständigkeit der Kommunen ergeben. Statt eines Flickenteppichs lokal unterschiedlicher Ansätze und Lösungen braucht gerade die Windkraft mindestens eine regionale Planung, beispielsweise auf Ebene der Planungsgemeinschaften.

### **Antrag P149**

AntragstellerIn: Jochen Bülow

Antragsgegenstand: Ersetzung Zeile 1456 - 1460

---

Streichung Z. 1456-1460

Einfügung abZeile 1456

Viele gesetzliche Regelungen zur direkten Demokratie sind so bürgerschaftsfeindlich, dass es bisher lediglich ein einziges – gescheitertes – Volksbegehren in RLP gab: Das ist fast 20 Jahre her. Damit Rheinland-Pfalz demokratischer wird, müssen für Bürgerentscheide und Volksentscheide die Quoren gesenkt und die Modalitäten zur Unterschriftensammlung (z.B. digitale Unterschrift) vereinfacht werden. Ausschlusskriterien für finanziell relevante Entscheidungen und die Raum- und Bauplanung müssen endlich fallen. Weil wir

insbesondere junge Menschen ermutigen wollen, sich in die politische Diskussion einzubringen, wollen wir das Wahlalter auf allen Ebenen auf 16 Jahre absenken.

# R-Anträge

Anträge zum Programm



## **Antrag R001**

AntragstellerIn: Wilhelm Vollmann und andere

Antragsgegenstand: Resolution

---

# **Nein zum Flugzeugträger Rheinland-Pfalz Trierer Manifest**

Die seit dem Libyenkrieg 2011 erneut ins weltweite Augenmerk gerückte USAF-Airbase Spangdahlem und der Atomfliegerhorst Büchel des deutschen Jabo-Geschwaders 33 liegen unmittelbar benachbart am Rande der rheinland-pfälzischen Eifel. Nur wenige Flugminuten entfernt befindet sich auch die USAF-Base Ramstein in der Pfalz. Diese drei US- und NATO-Stützpunkte sind Teile einer einzigen gemeinsamen Militärstrategie.

Dies wird durch das jüngst in Büchel von den USA und mehreren europäischen NATO-Staaten gemeinsam durchgeführte Großmanöver „Steadfast Noon“ unterstrichen. Die während dieser „Übung“ unter Führung der USAF und der Deutschen Luftwaffe geübten Atombombenabwürfe an einer virtuellen „Ostfront“ offenbaren das enge Miteinander der US- und NATO-Stützpunkte in Rheinland-Pfalz und ihren aggressiven Auftrag. Das Bücheler Atommanöver zeigt zudem unverblümt, wo der „Feind“ verortet wird.

Die USAF-Airbase Ramstein in der Pfalz ist eines der wichtigsten militärisch und juristisch vor jeder „Fremdeinwirkung“ abgeschotteten Militärlogistik- und Geheimdienstzentren außerhalb der USA. „Ramstein Airbase“ wird zudem als Steuerzentrale und Relaisstation für den weltweiten Drohnenkrieg der USA, die damit verbundenen militärischen und nachrichtendienstlichen Aufgaben, sowie den Vollzug der Völkerrechtswidrigen und Kriegsverbrecherischen Mordaufträge der US-Regierung benutzt.

Mit dem sowohl taktisch als auch strategisch einsatzbaren neuesten Tarnkappenjet F22 Raptor und zahlreichen weiteren Angriffsjets sind die in Spangdahlem stationierten USAF-Einheiten auf dem modernsten und schlagkräftigsten Stand. Die untrennbaren taktischen und strategischen Fähigkeiten und Aufgaben dieser USAF-Angriffsbasis sind auf engsten Verbund mit den unmittelbar benachbarten Luftstützpunkten Büchel und Ramstein ausgerichtet.

Dieses infernalische Trio bildet eine bislang einmalige Zusammenballung militärischen Angriffs- und Vernichtungspotentials mitten in Europa. Kampfkraft und „Modernität“ sowie Qualität und Menge der dort jederzeit einsatzfähigen barbarischen Vernichtungswaffen machen klar, dass Ramstein, Spangdahlem und Büchels ein besonders aggressives Angriffszentrum bilden, die man zu Recht als den „Flugzeugträger Rheinland-Pfalz“ bezeichnen muss.

Nach den offiziellen Verlautbarungen der USA sind die „Ukraine-Krise“ und das militärische Eingreifen Russlands im syrischen Bürgerkrieg Anlass für die seit Monaten anhaltende gefährliche Militär- und „Waffenkonzentration in Europa. US-Präsident Obama hat mehrfach auch persönlich betont, dass die Stationierung des Superjets „F22 Raptor“ in Spangdahlem und die „Modernisierung“ des Bücheler Atombombenarsenals weit mehr als eine bloße waffentechnische Modernisierungsmaßnahme sind und wegen der damit einhergehenden Vervielfachung der Kampf- und Angriffskraft als echte Aufrüstung zu bewerten sind. Obama: „Die Russen sollen wissen, dass die USA in Europa präsent sind.“

Unter Kontrolle und Führung durch die USA zeigt inzwischen auch die EU ihr aggressives Gesicht. Noch nie seit dem Ende des Kalten Krieges war das Verhältnis der in der EU zusammengeschlossenen Staaten zu Russland derart schlecht wie heute. Es wird immer deutlicher: Wer Russland isoliert, errichtet einen neuen Eisernen Vorhang quer durch Europa und fördert damit die Unsicherheit, die Destabilisierung und die Kriegsgefahr enorm. Dem setzen wir entgegen: Die Sicherheit in Europa und der Welt ist auch nach dem Ende der UdSSR nur mit und nicht gegen Russland möglich.

Nicht zuletzt unter deutschem Druck legt die EU gegenüber den USA eine blinde Vasallentreue an den Tag und beteiligt sich im Dienst des Internationalen und US-Finanzkapitals widerspruchslos und uneingeschränkt auch entgegen eigenen objektiven Interessen an den Sanktionen gegen Russland und zwingt diese, wo immer nötig, auch der eigenen exportorientierten Wirtschaft auf. Deutschland und die Europäische Gemeinschaft haben sich widerstandslos den geostrategisch ausgerichteten ökonomischen, militärischen und politischen Machtansprüchen und Interessen der USA unterworfen. Damit hat sich die EU als vollständig integrierter Teil und zugleich als Instrument eines weltweit operierenden imperialen Zusammenschlusses zur Sicherung und zum Ausbau der wirtschaftlichen und politischen Macht des Internationalen und des US-Finanzkapitals erwiesen.

Die schwarz-rote Koalition im Deutschen Bundestag und die von ihr getragene Bundesregierung haben die friedensfeindliche Politik der USA stets bedingungslos unterstützt und diese in der gesamten EU durchgesetzt. Auch die GRÜNEN haben im Deutschen Bundestag diese inhumane Politik einschließlich der deutschen Kriegseinsätze und ihrer Verschärfungen stets mitgetragen.

Die rot-grüne Landesregierung und die sie tragenden Landtagsfraktionen und Parteien in Rheinland-Pfalz haben sich im schroffen Gegensatz zu ihrer heuchlerischen Propaganda längst mit der Wiederaufrüstung und fortschreitenden Remilitarisierung des „Flugzeugträgers Rheinland-Pfalz“ abgefunden und unter dem fadenscheinigen Vorwand angeblich drohender Arbeitsplatzverluste die friedliche und vollständige Konversion der aggressiven Militärstandorte in Rheinland-Pfalz unterlassen.

Dabei nimmt die gegenwärtige rheinland-pfälzische Landesregierung und erst Recht die CDU-Opposition im Landtag billigend in Kauf, dass die friedliebenden Menschen in Rheinland-Pfalz in Sachen „Flugzeugträger Rheinland-Pfalz“ immer wieder hinters Licht geführt werden und Deutschlands Westen auf diese Weise mehr als 25 Jahre nach dem vermeintlichen Ende des Kalten Kriegs erneut zum Zentrum eines in Europa einmaligen militärischen Angriffs- und Vernichtungspotentials gemacht und zugleich in einem neuen Kalten Krieg wie schon einmal als ein barbarisches Droh- und Erpressungspotential missbraucht wird.

Dem entgegen erklärt **DIE LINKE**, gemeinsam mit der Friedensbewegung und den friedliebenden Menschen im Land:

**Von deutschem Boden darf niemals wieder Krieg ausgehen**  
**Nein zum Neuen Kalten Krieg**  
**Nein zum Flugzeugträger Rheinland-Pfalz**  
**Für die friedliche Konversion der aggressiven Luftstützpunkte.**

## **Antrag R002**

AntragstellerIn: Kemal Gülcehre und Sebastian Knopf

Antragsgegenstand: Resolution

---

Angesichts rapide steigender Flüchtlingszahlen zeigt sich die EU um eine gemeinsame Asylpolitik bemüht.

Ende August brachte die EU-Kommission die sogenannte Liste sicherer Herkunftsstaaten wieder ins Spiel.

Vor wenigen Wochen äußerte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, dass nach seiner Ansicht auch die Türkei auf diese Liste gehöre.

Dass Repressionen gegen Minderheiten nach wie vor zur Tagesordnung gehören und die Türkei erhebliche demokratische Defizite aufweist, widerspricht Junkers Einschätzung.

Wer in der Türkei an einer politischen Demonstration teilnimmt, geht das Risiko ein, als Terrorist zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt zu werden.

Dies haben seit 2005 zahlreiche Gesetzesänderungen ermöglicht, die in der Praxis vor allem gegen die kurdische Volksgruppe angewandt werden.

In der Türkei besteht weiterhin kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung, ebenso blieben Bemühungen um ein Verbot der Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Orientierung oder der geschlechtlichen Identität erfolglos.

In Teilen des Landes herrschen seit Juli 2015 wieder bürgerkriegsähnliche Zustände.

Der erneut auflammende Konflikt zwischen der Arbeiterpartei Kurdistans und dem türkischen Militär forderte zahlreiche Opfer unter der Zivilbevölkerung. Erst Mitte September kamen mindestens 22 Zivilisten – darunter auch Kinder – bei Angriffen türkischer Sicherheitskräfte ums Leben.

Während Recep Tayyip Erdogan bei seinem Deutschlandbesuch 2011 Assimilation als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ bezeichnete, werden die Kurden in der Türkei seit Jahrzehnten zwangsassimiliert. Erdogan fordert muttersprachliche Schulen und Universitäten für die in Deutschland lebenden Türken, verwehrt dies aber gleichzeitig der kurdischsprachigen Minderheit in der Türkei.

Die Türkei ist alles andere als ein sicherer Herkunftsstaat. Nach wie vor werden Minderheiten von der islamisch-nationalistischen AKP-Regierung unterdrückt.

All dies spricht dagegen, die Türkei in die Liste sicherer Herkunftsstaaten aufzunehmen.

Der Landesparteitag Die Linke RLP fordert die Bundesregierung dazu auf, sich auf EU-Ebene gegen die Aufnahme der Türkei in die geplante Liste sicherer Herkunftsländer auszusprechen und die Aufnahme zu verhindern.

## **Antrag R003**

AntragstellerIn: Landesvorstand

Antragsgegenstand: Resolution

---

# Für ein solidarisches Rheinland-Pfalz! Flüchtlinge integrieren – Fluchtursachen bekämpfen!

In diesem Jahr sind mehr Menschen auf der Flucht und der Suche nach Asyl als nach dem Zweiten Weltkrieg. Frauen, Männer und Kinder fliehen vor Krieg, Gewalt, Zerstörung und menschenunwürdigen Lebensbedingungen aus ihren Heimatländern.

Mehr als die Hälfte der Flüchtlinge ist minderjährig. Die meisten fliehen in Länder wie die Türkei, Pakistan, Libanon, Iran, Jordanien und finden dort eine Zuflucht. Ein anderer Teil flieht auf den lebensgefährlichen Routen über das Mittelmeer oder den Balkan weiter nach Europa und versucht in der Europäischen Union, das jeder und jedem zustehende Grundrecht auf Asyl in Anspruch zu nehmen.

Einige dieser Menschen kommen auch zu uns nach Rheinland-Pfalz. Diese Menschen, die alles verloren und aufgegeben haben, brauchen zuallererst einen warmen Schlafplatz, Verpflegung und medizinische Versorgung.

Wenn dieses Minimum an Schutz und Hilfe sichergestellt ist, ist es wichtig, Sprachbarrieren zu überwinden und die Integration in unsere Gesellschaft, in den Arbeitsmarkt, in die Schule und Kita möglichst rasch anzugehen.

Unbestritten ist dies eine große Herausforderung für die Politik, für die Verwaltungen sowie für die Einwohnerinnen und Einwohner – eine langfristige Aufgabe, die wir gemeinsam bewältigen müssen und können. Es bedarf eines solidarischen Miteinanders – ein Gegeneinander darf es dabei nicht geben!

DIE LINKE. Rheinland-Pfalz dankt allen Menschen, die Flüchtlinge in unserem Bundesland willkommen heißen und ehrenamtlich oder hauptamtlich Hilfe leisten.

DIE LINKE. Rheinland-Pfalz verurteilt Übergriffe auf Flüchtlinge und deren Unterkünfte aufs Schärfste.

Wir haben kein Verständnis für sogenannte „Asylkritiker“ und selbsternannte „Patrioten“, die mit rassistischen Parolen auf der Straße, an Stammtischen und in sozialen Netzwerken Stimmung gegen Flüchtlinge machen und Hetze und Gerüchte in der Bevölkerung verbreiten.

Trotz der ohne Zweifel immensen Herausforderungen durch die Flüchtlingsaufnahme, dürfen dringend notwendige Maßnahmen zur Bekämpfung von sozialen Ungerechtigkeiten, für die Verbesserung der Kinderbetreuung und Jugendförderung, für bezahlbares Wohnen, für mehr Qualität und Chancengleichheit in Bildung und Ausbildung, für den Erhalt kultureller Angebote als auch für flächendeckenden öffentlichen Personalverkehr sowie wohnortnahe medizinische Versorgung für die Menschen, die schon immer hier wohnen, keinesfalls in den Hintergrund gedrängt werden. Ganz im Gegenteil! Die Aufgabe, Flüchtlinge zu versorgen und zu integrieren darf nicht zu Lasten der Schwächeren in unserer Gesellschaft gehen.

Investitionen sollen allen Menschen zu Gute kommen, die in Rheinland-Pfalz leben. Viele dieser notwendigen Investitionen wurden in den vergangenen Jahren durch die Große Koalition in Berlin und die Rot-Grüne Regierung in Mainz leider immer wieder vertagt bzw. abgelehnt.

DIE LINKE. Rheinland-Pfalz fordert, dass Bund und Land die in den Kommunen anfallenden Kosten für die Unterbringung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen und Asylsuchenden vollständig übernehmen.

Fluchtursachen sind zu bekämpfen, damit niemand mehr gezwungen ist, seine Heimat verlassen zu müssen. Kriege sind die zentralen Fluchtursachen. Kriege und Waffenlieferungen von heute, produzieren die Flüchtlinge von morgen. Auch deutsche Rüstungsfirmen verdienen an Waffenexporten mit genau jenen Waffen, die in vielen Ländern in Kriegen und Konflikten eingesetzt werden. Wir fordern endlich ein Ende von Rüstungsexporten und eine Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr. Der Krieg als Mittel der Politik muss geächtet werden!

Zudem sind es die Folgen des Klimawandels, die Dürre und Überschwemmung, an denen insbesondere die armen Länder im globalen Süden am meisten zu leiden haben, obwohl sie vor allem von den reichen Industrieländern verursacht wurden.

Dumpingexporte aus der Europäischen Union in Schwellen- und Entwicklungsländer müssen gestoppt werden. Lebensmittelüberproduktion aus der EU, die zu Dumpingpreisen auf die Märkte geschwemmt werden, entziehen den dort lebenden Menschen ihre Existenzgrundlagen. Die Spekulation auf Nahrungsmittel muss verboten werden.

DIE LINKE. Rheinland-Pfalz fordert eine Friedens- und Entwicklungspolitik, die für langfristige Stabilität in heutigen Krisenregionen unabdingbar ist.

Es ist beschämend, dass die Bundesregierung mit Unterstützung der Rot-Grünen Landesregierung das Engagement vieler Helferinnen und Helfer konterkariert, in dem sie Grenzkontrollen wieder eingeführt und das Asylrecht verschärft hat.

Die jetzt beschlossenen „Aufnahme-Einrichtungen“ mit „verschärfter Residenzpflicht“ ist ein fatales Signal in die falsche Richtung. Auf Teufel komm raus soll abgeschoben werden, damit wird das Asylrecht weiter geschliffen. Die Regierungsparteien verheimlichen, dass die Behörden bei der Bearbeitung der Asylanträge überlastet sind, weil es zu wenig Personal gibt. Es besteht die Gefahr, dass so keine fairen Verfahren nach rechtsstaatlichen Prinzipien gewährleistet werden können.

Die Große Koalition in Berlin erweist sich angesichts der Herausforderungen der Flüchtlingskrise weiterhin als zerstritten und handlungsunfähig. Statt Städte und Gemeinden weiterhin im Regen stehen zu lassen, wäre eine Debatte um die Finanzierung der anfallenden Ausgaben durch eine Reichensteuer und eine reformierte Erbschaftssteuer das Gebot der Stunde.

Menschen, die bei uns bleiben wollen, bringen auch große Chancen für Rheinland-Pfalz mit. Wohnungsleerstand, Fachkräftemangel und der Ausdünnung von ÖPNV und medizinischer Versorgung im ländlichen Raum kann entgegengewirkt werden, was wiederum allen zu Gute kommt. Wir fordern das, was sozialpolitisch jahrelang versäumt wurde, umgehend mit einem Investitionsprogramm u.a. für bessere Kinderbetreuung, Jugendförderung, Bildung und einen gerechteren Arbeitsmarkt nachzuholen.

Dafür bedarf es einer Willkommenskultur, Offenheit, Toleranz und Lernbereitschaft auf allen Seiten. Nur so kann Integration gelingen.

# **Anträge mit Eingang nach der Antragsfrist**

Anträge zum Programm

### **Antrag P150**

AntragstellerIn: Bettina Lau und Michael Neudeck

Antragsgegenstand: Einfügung Zeile 178

---

#### **„Bauen und Wohnen**

Wohnen als Grundrecht für jeden Bürger, auch für Flüchtlinge, bedeutet die lückenlose Versorgung mit bedarfsgerechtem und erschwinglichem Wohnraum. Dazu bedarf es gerade für die unteren Einkommensschichten der Wiedereinführung eines den Namen Sozial verdienenden Wohnungsbaus, ob kommunal, genossenschaftlich oder renditebegrenzt privatwirtschaftlich. Voraussetzungen für die Schaffung der nötigen Quantität und Qualität des Wohnraums ist eine strategische Bodenvorratspolitik der Kommunen, die Rückkehr zur Objektförderung, eine dauerhafte Zweckbindung bei Einsatz öffentlicher Fördermittel und eine Begrenzung des Mietanstiegs in Höhe der Inflationsrate. Um den Druck auf den städtischen Wohnungsmarkt zu mildern ist der Landflucht mit geeigneten Maßnahmen entgegenzuwirken und unsere Dörfer infrastrukturell den Qualitäten der Stadt anzugleichen. Die Ansiedlung junger Flüchtlinge gerade in aussterbenden Gemeinden könnte hier aus der Not eine Tugend machen.“

### **Antrag P151**

AntragstellerIn: Bettina Lau und Michael Neudeck

Antragsgegenstand: Überschriftsänderung Zeile 178

---

Die ursprüngliche Überschrift in Zeile 178 wird wie folgt verändert:

„ÖPNV und Individualverkehr“

### **Antrag P152**

AntragstellerIn: Bettina Lau und Michael Neudeck

Antragsgegenstand: Verschiebung Zeile 1027 - 1059

---

Die Zeile 1027 - 1059 wird in Zeile 957 verschoben.

**Begründung:** Auch wenn unser Antrag 1 nicht angenommen würde, wäre es sinnvoll die Forderungen bezüglich Wohnungspolitik direkt im Anschluss an diesen einführenden inhaltlichen Absatz zu stellen, statt hinter des Absatzes.

### **Antrag P153**

AntragstellerIn: Bettina Lau und Michael Neudeck

Antragsgegenstand: Ergänzung nach Zeile 1041

---

Folgender Absatz wird hinter Zeile 1041 eingefügt werden

„Strukturschwache Regionen haben mit schlechter Verkehrsanbindung, fehlenden Einkaufsmöglichkeiten, Ärztemangel, Schulschließungen zu kämpfen. Aufgrund der Eigenheimförderung in den 90er Jahren, zogen viele Erwerbstätige auf das Land. Diese Arbeitskräfte sind nun in Rente und finden eine ihrem Alter entsprechende Infrastruktur nicht mehr vor. Sie wurde ausgedünnt, weil die Einwohner älter und weniger werden. Die Landflucht ist auch durch solche Maßnahmen zu mindern, die die vorhandene Infrastruktur in entwicklungsfähigen Dörfern und Gemeinden stärkt bzw. attraktiver gestaltet, hierzu könnten zum Beispiel der Breitbandausbau, Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, Biolandwirtschaft, betreutes und/oder generationsübergreifende Wohnprojekte usw. gehören.“

### **Antrag P154**

AntragstellerIn: Bettina Lau und Michael Neudeck

Antragsgegenstand: Ergänzung nach Zeile 1043

---

**„Flüchtlinge als Chance für notleidende Gemeinden:** Dem Abbau der kommunalen Infrastruktur kann mit der Unterbringung von Flüchtlingen in den Gemeinden entgegengewirkt werden: Flüchtlinge werden in das Einwohner-melderegister eingetragen, wodurch sich die Einwohnerzahl einer Gemeinde erhöht. Damit erhöht sich auch die Zuweisung aus dem kommunalen Finanzausgleich für die Kommune. Gleichzeitig kann der Besuch von Kitas und Schulen durch Flüchtlingskinder, drohende Schließungen wegen Unterbelegung abwenden helfen. Auch der Supermarkt könnte sich wieder rechnen. Damit wäre durch eine kluge Flüchtlings- bzw. Einwanderungspolitik sogar die Möglichkeit gegeben Gemeinden zu erhalten. Hierbei muss eine gute Verkehrsanbindung zur Stadt geschaffen werden, damit Flüchtlinge auch dort einer Arbeit nachgehen können. Eine Win-Win Lösung für Alle.“

### **Antrag P155**

AntragstellerIn: Bettina Lau und Michael Neudeck

Antragsgegenstand: Streichung in Zeile 353 u 424

---

Streichung der Zahl „8000“ in Zeile 353 und in Zeile 424

Begründung: Es ist nicht klar, wie diese Zahl zustande kommt. Die Hartz IV Zahl übersteigt in RLP weitaus mehr Personen, die den ÖBS in Anspruch nehmen würden, als es diese 8000 hergeben.

### **Antrag P156**

AntragstellerIn: Bettina Lau und Michael Neudeck

Antragsgegenstand: Einfügung nach Zeile 793

---

Nach Zeile 793 einfügen:

„Die strukturellen Arbeitsbedingungen sind für rheinland-pfälzische Beschäftigte in den Kindertagesstätten von wenig Arbeitsplatzsicherheit geprägt. 43 % der ausgebildeten Fachkräfte unter 25 Jahren haben einen befristeten Vertrag, fast jede vierte gruppenübergreifend tätige Fachkraft hat nur einen Zeitvertrag (21 %). Von den Inklusionsfachkräften sind sogar 37 % befristet eingestellt und Teilzeitkräfte leiden extrem unter Zeitdruck.

Die Arbeit im Sozial- und Erziehungsdienst muss daher dringend aufgewertet werden. Dazu müssen die bestehenden Rahmenbedingungen in den rheinland-pfälzischen Kindertagesstätten deutlich verbessert werden, um eine qualitätsorientierte Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen gewährleisten zu können. DIE LINKE setzt sich für eine deutlich verbesserte Bezahlung und die Herstellung von Arbeitsplatzsicherheit sowie einen verbesserten Personalschlüssel im Sozial- und Erziehungsdienst ein, so wie es auch die Gewerkschaften ver.di bzw. die GEW fordern. Um die Qualität der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung zu gewährleisten, muss höchste Priorität auf die Veränderung eines günstigen Personalschlüssels und kleinerer Gruppen gelegt werden. Noch immer ist das Verhältnis von Anzahl der betreuten Kindergarten- bzw. Krippenkinder zu einer Fachkraft in Rheinland-Pfalz ungünstig, um die ambitionierten Bildungs- und Erziehungsempfehlungen des Landes Rheinland-Pfalz umsetzen zu können. Die rheinland-pfälzische LINKE wird sich für eine bundesweite Bildungsreform im System der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung einsetzen, damit die aktive Gestaltung der zentralen Rahmenbedingungen in den Kindertageseinrichtungen erfolgen kann. So fordert DIE LINKE ebenfalls, die chronische Unterfinanzierung der Kindertagesbetreuung zu beenden, denn nach den Maßstäben der OECD müssten die Ausgaben für frühkindliche Bildung und Betreuung in Deutschland in einem Umfang von derzeit 0,5 % des BIP verdoppelt werden.

Begründung: Die Verbesserung des Personalschlüssels in der frühkindlichen Bildung muss hohe Priorität haben. Hier wird der Grundstein von Bildung gelegt. Internationale Studien zeigen, dass ein verbesserter Personalschlüssel positive pädagogische Interaktionen und bildungsanregende Aktivitäten für die Kinder zur Folge haben. Zudem lassen sich bei einem guten Personalschlüssel eine positive Entwicklung der sprachlich-kognitiven Fähigkeiten und eine Steigerung des emotionalen Wohlbefindens der Kinder erkennen. Hierbei muss beachtet werden, dass das tatsächliche Betreuungsverhältnis im Kita-Alltag ungünstiger ausfällt, als der bloße Personalschlüssel hergibt, weil Erzieher und Erzieherinnen mindestens ein Viertel ihrer Zeit für Team- und Elterngespräche, Dokumentation und Fortbildung etc. pp. aufwenden müssen. Wenn dann noch Urlaub und Krankheit hinzukommen, ist der Personalschlüssel obsolet. Wenn die Bildungs- und Erziehungsempfehlungen in Rheinland-Pfalz kein Papiertiger bleiben soll, dann muss an der zentralen Stellschraube Personalschlüssel gedreht werden, um einer qualitätsorientierten Weiterentwicklung der Kindertagesstätten gerecht zu werden. Denkbar wäre auch Springerkräfte (wie es in Finnland die Regel ist) in ausreichender Zahl vorzuhalten, um den Personalschlüssel stets zu gewährleisten. Aber diese Forderung ist noch Zukunftsmusik. „Wer in einer Bildungsgesellschaft an der Ressource Bildung spart, handelt unverantwortlich, denn wer heute spart, zahlt Morgen drauf.“

### **Antrag P157**

AntragstellerIn: Bettina Lau und Michael Neudeck

Antragsgegenstand: Ersetzung in Zeile 793

---

In Zeile 793 werden folgende Wörter „nach EU Kriterien“ gestrichen und mit „in Anlehnung an die Gewerkschaften GEW/ver.di“ ersetzt werden.



Begründung: Wir sollten uns an die Forderungen der Experten bzw. der Gewerkschaften orientieren, nicht an EU Normen. Diese stellen in RLP zum Beispiel eine Verschlechterung dar.